

Deutsche Vereinigung und Demokratisierung: zum Scheitern der Bürgerbewegungen

Rucht, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rucht, D. (1996). Deutsche Vereinigung und Demokratisierung: zum Scheitern der Bürgerbewegungen. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 459-472). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140548>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Deutsche Vereinigung und Demokratisierung Zum Scheitern der Bürgerbewegungen

Dieter Rucht

In atemberaubendem Tempo wurden die Institutionen der alten Bundesrepublik auf das ehemalige Staatsgebiet der DDR übertragen (Korte 1994). Manche politische Kräfte hatten ein anderes Ergebnis gewünscht. Dies gilt namentlich für die Oppositionsgruppen der Vorwendezeit und die nachfolgenden Bürgerbewegungen. Sie kämpften anfangs für eine neue, reformsocialistische DDR, später für ein neues Gesamtdeutschland. Leitend war die Idee einer aktiven, partizipatorischen und solidarischen Gesellschaft. Die neue Ordnung sollte einerseits elementare Grundrechte, wie sie in der alten Bundesrepublik garantiert sind, sichern und erweitern. Sie sollte andererseits das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung und brutaler Konkurrenz zügeln, indem sie extensive soziale Rechte gewährte und Teile des »Volksvermögens« in staatlichem bzw. gemeinschaftlichem Eigentum behielt.

In der kurzen Zeitspanne zwischen Spätherbst 1989 und Frühjahr 1990 schienen solche Erwartungen nicht illusorisch. Zwar stand anfangs völlig offen, ob es zur deutschen Vereinigung kommen würde. Und als der Vereinigungszug ins Rollen gekommen war, herrschte Unklarheit darüber, wie lange die Reise dauern und wie es am Zielort aussehen werde. Doch gab es Gründe für die Annahme, daß ein neuer deutscher Staat entstehen könne – vielleicht nicht hervorgegangen aus einem symmetrischen Kompromiß gleicher Partner, aber doch ein Staat, der seine Gestalt nicht durch bloße Eingemeindung gewönne.

Ogleich wir heute wissen, daß diese Hoffnungen enttäuscht wurden, ist unklar, warum dies so und nicht anders verlief. Es erscheint paradox, daß mit den Oppositionsgruppen der DDR ausgerechnet jene Kräfte gescheitert sind, die die Vorkämpfer und den Kern der Mobilisierung gegen das SED-Regime bildeten, die ein hohes moralisches Ansehen genossen und während der Wende einen Massenzulauf erfuhren.

Im folgenden geht es um die Aufhellung dieses Paradoxes. Eine Beschreibung

und Analyse der Rolle der Bürgerbewegungen während der Wendephase, des anschließenden Machtvakuumms und schließlich der Vorphase der Vereinigung ist hier nicht möglich. Stattdessen konzentriere ich mich ganz auf die Frage, warum – entgegen den Bestrebungen der Bürgerbewegungen – die deutsche Vereinigung als »Beitritt« vollzogen wurde und warum deshalb die Chance zu einer weitergehenden Demokratisierung, falls sie denn je bestand, verpaßt wurde.

Warum scheiterten die Bürgerbewegungen?

Kann man überhaupt von einem Scheitern sprechen? Immerhin hat Ostdeutschland – verglichen mit der Situation vor der Wende – einen fundamentalen Demokratierungsschub erfahren. Viele der Rechte, welche die Bürgerbewegungen und die Masse der Bevölkerung gefordert hatten, sind nun nicht bloß formell garantiert, sondern auch materiell greifbar. In diesem Sinne konnten die Bürgerbewegungen einen großen Erfolg verbuchen. Jedoch verfehlten sie ihr Ziel, eine Basisdemokratie zu verwirklichen. Stattdessen endete die Revolution in einer »Wende in der Wende« (Meuschel 1992), d.h. der schnellen und weitgehend bedingungslosen Übernahme des westdeutschen Institutionensystems.

Was hat die Bürgerbewegungen daran gehindert, ihr Ziel zu erreichen? Eine einfache Antwort scheint auf der Hand zu liegen: Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hatte schlicht andere politischen Präferenzen als die Aktivisten der Bürgerbewegungen. Obgleich dieser Sachverhalt nicht zu bestreiten ist, sind umfassendere und zugleich differenziertere Erklärungen geboten. Im folgenden will ich sowohl die Rolle bewegungsinterner als auch -externer Faktoren diskutieren, die meines Erachtens das erwähnte Scheitern der Bürgerbewegungen erklären können.

Bewegungsinterne Faktoren

Entstanden in den Nischen eines moralisch anspruchsvollen aber faktisch repressiven Regimes, waren die Oppositionsgruppen ganz auf diesen Machtapparat bezogen. Ich diskutiere zunächst ideologische Aspekte und dann Organisations- und Aktionsformen.

1. In *ideologischer* Hinsicht zeichnete die Gruppen ihre hohe moralische »Ladung« aus. Sie nahmen die Versprechen der sozialistischen Ordnung und deren

Verfassung beim Wort, um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufzuzeigen und letztlich durch systemimmanente Reformen zu überbrücken. Die Mehrheit der Gruppen, allerdings mit der bemerkenswerten Ausnahme der Initiative für Frieden und Menschenrechte, bezog ausdrücklich eine sozialistische Grundposition und suchte die DDR nicht abzuschaffen, sondern konstruktiv zu verändern. Erst 1988 und 1989 verloren die meisten Gruppen ihr Vertrauen in die Reformfähigkeit des System. Sie begannen, sich als Opposition zum bestehenden politischen System zu definieren. Sie wußten, welche Merkmale der realen sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaften abzulehnen waren, aber sie hatten kaum konkrete Vorstellungen davon, wie eine alternative gesellschaftliche und politische Ordnung aussehen sollte. Diese konzeptuelle Vagheit war in der ersten Phase der Wende, als die meisten politischen Kräfte auf die Abschaffung des bestehenden Regimes drängten, nicht von Nachteil.

Nach dem schnellen Zusammenbruch des Regimes erwiesen sich jedoch die hohen moralischen Standards in Verbindung mit der konzeptionellen Unbestimmtheit der oppositionellen Gruppen nicht länger als funktional. Da es den Gruppen an formeller politischer Macht fehlte und sie grundsätzlich dem Faktum politischer Macht skeptisch gegenüberstanden, sahen sie sich zwei Schwierigkeiten ausgesetzt: zum ersten dem Problem, die eigene Rolle während des Machtvakuum im Gefolge der Wende zu definieren; zum zweiten dem Problem, die neue Ordnung zu konkretisieren, die geschaffen werden sollte. Soweit noch Reste der alten Eliten am Ruder waren, hatten die Gruppen einen vertrauten und klar identifizierbaren Gegner vor sich, dessen Einfluß es zu mindern galt. Dagegen ergaben sich namentlich in späteren Phasen Schwierigkeiten im Umgang mit solchen politischen Kräften, die – zumindest in einer oberflächlichen Weise – sich der Sprache von politischer Reform, Demokratie und Pluralismus bedienten, aber organisatorisch gefestigter waren und weniger Skrupel zeigten, am Spiel um die politische Macht teilzunehmen und den eigenen Vorteil zu suchen.

Als das alte Regime abgeschafft war und öffentliche Debatten um die Zukunft der DDR bzw. die Schritte in Richtung Vereinigung an Bedeutung gewannen, konnten die Gruppen nicht mehr auf ihre bisherigen Erfahrungen zurückgreifen. Nun galt es, konkrete Problemlösungen zu definieren und umzusetzen, die großen Teilen der Bevölkerung hinreichend attraktiv erschienen. Unter anderem verlangte diese Aufgabe eine Art politisches »marketing« in einer Wettbewerbssituation, für welche die Gruppen nicht vorbereitet waren. Zudem wollten viele von ihnen nicht an einem instrumentellen Machtspiel teilhaben, dessen Ratio darin bestand, die Position politischer Konkurrenten zu untergraben, taktische Allianzen zu schmieden und möglichst breite Unterstützung zu gewinnen,

auch wenn die ideologische Reinheit dabei auf der Strecke bleiben sollte. Somit waren die Gruppen in mehrfacher Hinsicht ideologisch schlecht gerüstet.

Erstens schreckten sie dank ihres idealistischen Demokratiekonzepts davor zurück, Machtpositionen zu erobern und mit anderen Gruppen zu konkurrieren, welche schwerlich als direkte Widersacher angesehen werden konnten. Zweitens waren die Gruppen negativ an das alte Regime gebunden, das jedoch zu existieren aufgehört hatte. Die hehren aber reichlich unbestimmten Leitwerte von Demokratie, Freiheit und Solidarität reichten nicht aus, um eine Ordnung jenseits des Sozialismus zu definieren, den die Gruppen erfahren hatten, aber auch jenseits des Kapitalismus, den sie zumindest aus zweiter Hand kannten. Was den Aufbau politischer Institutionen und die Etablierung einer marktförmigen Ökonomie anging, wußten die Gruppen besser, was es zu vermeiden, als was es einzurichten galt. Im Unterschied zu den politischen Kräften, die noch dem alten Regime verbunden waren, oder die lediglich die Institutionen Westdeutschlands herbeiwünschten, offerierten die Bürgerbewegungen vor allem Ideale, die jedoch – ebenso wie die Versprechen des vormaligen Realsozialismus – von der Bevölkerungsmehrheit als wirklichkeitsfern angesehen wurden. Angesichts der zurückliegenden Erfahrungen mit dem Kommunismus und des gegenwärtigen Zustands von Orientierungslosigkeit und Krise war diese konzeptionelle Unbestimmtheit für all diejenigen unattraktiv, die dieser Situation so schnell wie möglich zu entkommen suchten (»keine Experimente«). Drittens kam hinzu, daß sich die Bürgerbewegungen genau in der Phase, als es darum ging, Wege in die Zukunft einzuschlagen, in »DDR-Verbesserer, die mehrheitlich eine Erneuerung des Landes mit einem Maximum an Demokratie anstrebten, und in Befürworter der Einheit« spalteten. (Zwahr 1993: 138)

2. Auch im Hinblick auf ihre ursprüngliche *Struktur* und ihre *Aktionsformen* waren die Bürgergruppen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine ihnen feindliche Umwelt eingestellt. Dazu gehörte unter anderem ein schwaches organisatorisches Profil, das nur wenig Angriffsfläche bot. Entsprechend waren die Gruppen relativ klein, informell strukturiert und – falls überhaupt – nur lose miteinander verbunden. Sie hatten gelernt, in einer Randposition zu überleben und dabei von einem klar identifizierbaren Gegner permanent überwacht und gelegentlich auch unterdrückt zu werden. Ohne Zugang zur Massenöffentlichkeit und zum politischen Apparat hatten die Gruppen weder die strukturellen Möglichkeiten noch die materiellen Ressourcen, um feste Organisationen aufzubauen und offensiv in der Öffentlichkeit aufzutreten. Was ihnen blieb, waren Treffen im privatem Rahmen bzw. innerhalb des Schonraums der Kirche sowie rein symbolische Akte des Widerspruchs. Diese Handlungen enthielten oft eine

nur indirekt erschließbare politische Botschaft, die von der Bevölkerung zwar leicht zu entschlüsseln war, aber von den Behörden schwerlich als illegal eingestuft und offen unterdrückt werden konnte. In diesem Sinne erwies sich die organisatorische Schwäche für das Überleben der Gruppen als durchaus funktional; sie ermöglichte es immerhin, verhaltene Signale der Kritik auszusenden, welche in manchen Fällen sogar breit wahrnehmbar waren. Dies galt zumal dann, wenn oppositionelle Akte in der Berichterstattung westdeutscher Medien und insbesondere des Fernsehens aufgegriffen wurden und auf diesem Umweg die Bevölkerung der DDR erreichten (Feige 1990).

Die beschriebene lose Struktur der Gruppen war nicht länger von Nutzen, als die Repression aufhörte und die Massen in die Straßen, teilweise auch in die Gruppen strömten. Nun sahen die zu Bewegungen angeschwollenen Gruppen sich völlig überfordert mit der gleichzeitig anstehenden Aufgabe, (a) die Überbleibsel des alten Machtapparats zu beseitigen, (b) große Zahlen von neu hinzugekommenen Anhängern in bestehende bzw. hastig gegründete neue Gruppen zu integrieren und (c) eine überzeugende politische Strategie im Hinblick auf eine äußere Konstellation zu entwerfen, die sich fast von Woche zu Woche veränderte. In den meisten Gruppen fehlte es an einem soliden und erfahrenen personellen Kern, einer gemeinsamen Identität und an organisatorischen Mitteln einschließlich des praktischen Know how, um die Mitgliederschwemme in funktionierende Arbeitsstrukturen einzubinden – Strukturen, die es erlaubt hätten, Entscheidungen auf allen Ebenen zu treffen, eine effiziente Arbeitsteilung einzurichten und Aktionen innerhalb und zwischen den einzelnen Bürgerbewegungen aufeinander abzustimmen. Somit versammelte sich ein Großteil der hochmotivierten neuen Mitglieder, um uferlos zu debattieren, was getan werden könnte und sollte. Die neu Hinzugekommenen rekrutierten sich zudem aus heterogenen sozialen Milieus; sie hatten keinerlei Erfahrung mit der Arbeit in weitgehend informell strukturierten politischen Gruppen; sie besaßen weder eine gemeinsame Vision noch einheitliche Vorstellungen darüber, welche konkreten Schritte zuerst unternommen werden sollten. Neben externen Gründen war es diese interne Lage, welche die meisten neuen Mitglieder in den unorganisch gewachsenen bzw. ad hoc entstandenen Gruppen schon bald resignieren ließ. So schnell wie die Mitgliederzahl gestiegen war, fiel sie wieder ab, um schließlich den harten Kern der alten Aktivisten zurückzulassen (Blattert/Rink/Rucht 1995). Diese bildeten erneut eine politische Randgruppe, nun allerdings in einer ganz anderen politischen Umwelt, von der keine Repression mehr ausging, die es insofern aber auch erschwerte, einen eindeutigen, durch scharfe Abgrenzung gewonnenen und selbstgewissen Standpunkt einzunehmen.

Die diffuse Idee der Basisdemokratie, der holistische Zugang zur gesellschaft-

lichen Wirklichkeit und die naive Vorstellung einer moralgeleiteten Politik erwiesen sich spätestens dann als dysfunktional, als die Bürgergruppen instrumentell vorgehenden Konkurrenten gegenüberstanden, nicht zuletzt Konkurrenten, die auch innerhalb der eigenen Reihen aufgekomen waren.

Bewegungsexterne Faktoren

Die Konzepte politischer Gelegenheitsstruktur und Kontextstruktur (Kriesi 1991; Rucht 1994; Tarrow 1983) sind darauf zugeschnitten, soziale Bewegungen innerhalb der relativ stabilen Umwelt westlicher Demokratien zu analysieren. Aspekte wie Zugang zum politischen Entscheidungssystem, politische Bindungen (namentlich an Parteien), Chancen für Allianzbildungen, Spaltung zwischen Eliten sowie kulturelle Resonanz auf die von Bewegungen vertretenen Werte und Forderungen gelten als zentrale Einflußfaktoren für die Größenordnung von Mobilisierungen, die ihrerseits wiederum als ein Schlüsselfaktor für die politischen Effekte einer Bewegung angesehen werden.

Obgleich die genannten Konzepte gewiß den Versuch inspirieren können, die Wirkung der Bürgerbewegungen in der DDR abzuschätzen, erweisen sie sich doch im konkreten Fall nur als bedingt tauglich. Ich will in nur partiellem Rückgriff auf diese Überlegungen fünf bewegungsexterne Faktoren herausgreifen, die mit erklären können, warum die Bürgerbewegungen ihr Ziel verfehlten, eine Basisdemokratie in (Ost-) Deutschland zu installieren.

1. Erstens hatten die politischen Kräfte, die das alte Regime noch immer verkörperten oder ihm ideologisch die Treue hielten, nicht alle Unterstützung und alle Macht verloren. Gewiß mußten einige prominente kommunistische Führer abtreten. Damit rückten jedoch lediglich Repräsentanten, die vormalig in der zweiten Reihe gestanden hatten und weniger diskreditiert waren, in den Vordergrund der politischen Arena. Hinzu kam, daß die PDS geschickt die Rhetorik von Reform und Pluralismus übernahm und sich ein undogmatisches Image gab. Unter diesen Bedingungen waren die kommunistischen bzw. sozialistischen Eliten durchaus in der Lage, eine noch immer beträchtliche Anhängerschaft an sich zu binden, zumal da manche Bevölkerungsgruppen noch der Vergangenheit ideologisch verpflichtet waren oder unter den neuen Rahmenbedingungen eine Verschlechterung ihrer Lage erwarteten. Diese politischen Kräfte und sozialen Gruppen standen zu den Bürgerbewegungen in einem ambivalenten Verhältnis: Einerseits sahen sie in ihnen direkte Opponenten, hatten doch die Bürgerbewe-

gungen den Zusammenbruch des alten System mit ausgelöst und auf diese Weise zum Verlust an Macht und Privilegien der kommunistischen Elite und ihrer engsten Anhängerschaft beigetragen. Aus nachvollziehbaren Gründen waren die alten Kräfte auch nicht an der von den Bürgerbewegungen angestrebten Basisdemokratie interessiert. Andererseits bestand zwischen den kommunistischen Gruppen und großen Teilen der Bürgerbewegungen Einvernehmen darüber, nicht den Kapitalismus zu übernehmen, wie er in Westdeutschland etabliert war. Dies war der tiefere Grund dafür, warum die vormaligen Antagonisten trotz diverser sachlicher Differenzen in der Lage waren, sogar in einer Regierung zusammenzufinden. Es ist daran zu erinnern, daß die Modrow-Regierung immerhin acht Minister (ohne besondere Aufgaben) einschloß, die aus den Bürgerbewegungen kamen.

2. Ein zweiter Faktor, der zur Marginalisierung der Bürgerbewegungen beitrug, war die Verlagerung von Demonstrationen und direkten Aktionen in die Arena von Wahlen. Dieser Prozeß erfolgte schneller, als es den Bürgerbewegungen lieb war; und er begann, entgegen deren erklärte Vorstellungen, auf der nationalen anstatt der lokalen Ebene. Zudem war zunächst unklar, ob neben regulären Parteien auch bewegungsförmige Gruppen das Recht besitzen sollten, für die Volkammerwahlen zu kandidieren. Diese Situation, aber auch die generelle Tatsache anstehender Wahlen, sorgte für Verwirrung, Konkurrenz und sogar Zerwürfnisse zwischen verschiedenen Gruppen der Bürgerbewegungen. Einige von ihnen zögerten nicht, sich in eine reguläre Partei umzuwandeln. Andere waren darüber geteilter Meinung und spalteten sich am Ende in eine Partei und eine Bewegung. Wiederum andere verweigerten sich strikt jeglicher parteiförmiger Organisation, selbst mit dem Risiko, nicht für die anstehenden Wahlen kandidieren zu dürfen.

Auch als aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung, bei der die Einmaligkeit der Umstände gewürdigt wurde, den Bürgerbewegungen das Recht zugesprochen wurde, selbst auf nationaler Ebene in Wahlen anzutreten, befanden sich die Bewegungen im Vergleich zu regulären Parteien aus mehreren Gründen in einer nachteiligen Lage: Hatten die Bewegungen bereits durch die Parteibildungen der Sozialdemokraten und des Demokratischen Aufbruchs einen Aderlaß erfahren müssen, so präsentierten sich nun drei separate Gruppierungen der Wählerschaft, nämlich Bündnis 90 (seinerseits aus drei Gruppen zusammengesetzt), Grüne-Unabhängiger Frauenverband sowie das Aktionsbündnis Vereinigte Linke (eine Allianz zweier Gruppen). Die vorangegangene interne Debatte über Sinn und Unsinn einer aktiven Wahlbeteiligung sowie die nachfolgende Kandidatur von konkurrierenden Gruppierungen an Stelle einer breiten Allianz erweckten bei

vielen Wählern den Eindruck, den Bewegungen fehle es an Entschlossenheit und Einigkeit. Dagegen besaßen die etablierten Parteien ein klareres Profil und eine eindeutiger wahrnehmbare Führung. Auch waren sie in ihrer Selbstdefinition und organisatorischen Struktur darauf gepolt, in Wahlen anzutreten und, sofern erfolgreich, auch die Macht zu übernehmen. Schon aufgrund ihrer Existenz als politische Parteien blieben ihnen bittere interne Streitigkeiten darüber erspart, ob sie in Wahlen kandidieren sollten und wie ihre Grundstruktur auszusehen habe. Zudem verfügten sie zumeist über beachtliche Ressourcen und auch das für Wahlkämpfe erforderliche Erfahrungswissen. Schließlich kam hinzu, daß die Blockparteien und die neu gegründete SPD eine starke Unterstützung durch ihre Schwesterparteien aus Westdeutschland erfuhren, sei es in Form von finanziellen Hilfen, technischer Infrastruktur oder dem Rat von Organisations- und Öffentlichkeitsexperten. Es versteht sich, daß diese Unterstützung nicht nur eine reine Hilfestellung, sondern auch eine subtile Form der Steuerung beinhaltet.

Auch in ihren jeweiligen Botschaften während des Wahlkampfes zeigten sich wesentliche Unterschiede zwischen den Bürgerbewegungen und ihren parteiförmigen Ablegern einerseits und den meisten etablierten Parteien andererseits. Wie erwähnt, tendierten die Bürgerbewegungen dazu, ein vages gesamtgesellschaftliches Reformprojekt zu propagieren und zugleich eine schnelle und bedingungslose Vereinigung beider deutscher Staaten abzulehnen. Zudem hatten die Bürgerbewegungen keine klar abgrenzbare Zielgruppe. Sie richteten sich vielmehr in einem diffusen Sinne an »das Volk«. Allerdings appellierten sie aufgrund ihrer konkreten Sprache und Argumentationsfiguren speziell an bestimmte Bevölkerungssegmente, insbesondere Teile der Intellektuellen und Kultureliten. Dagegen hatten die regulären Parteien ein intern wenig strittiges ideologisches Profil, eine relativ simple Botschaft – zumeist: schnelle Vereinigung! – und in manchen Fällen auch eine traditionelle Klientel, die sie direkt ansprechen konnten.

Diese unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen zeitigten auch unterschiedliche Wahlergebnisse. Die regulären Parteien erhielten bei den Volkskammerwahlen zusammengenommen den Löwenanteil der Stimmen; die konservativen Parteien gingen als Sieger hervor. Anders als die neugegründete SPD konnten sich die konservativen Parteien auf eine ausgebaute Infrastruktur in der DDR stützen. Zudem entfalteten die Exponenten konservativer Parteien in Ost und West starken Druck in Richtung einer raschen deutschen Vereinigung; auch waren sie weniger zögerlich als beispielsweise die Sozialdemokraten, Ostdeutschland eine glänzende Zukunft zu versprechen. Diese populistische Botschaft zahlte sich zweifellos in Wählerstimmen aus.

Ogleich die Bürgerbewegungen ohnehin nicht sehr optimistisch in den Wahlkampf gegangen waren, erhielten sie noch weniger Stimmen als erwartet.

Zusammen erlangten die drei Bündnisse lediglich 5,05 Prozent der Stimmen. Dieses Resultat wurde zwar bei den Kommunalwahlen vom Mai überboten (die Ergebnisse schwankten in den Stadtbezirken zwischen 5,5 und 17 Prozent), jedoch bei den Landtagswahlen und den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Prinzip bestätigt. Im Gesamtbild zeigen die Wahlergebnisse, daß die große Mehrheit der Ostdeutschen in den Bürgerbewegungen nicht die besten Vertreter ihrer Interessen sah.

3. Bereits die direkte Unterstützung und die indirekte Beeinflussung vonseiten der westdeutschen Parteien anlässlich der Wahlen in Ostdeutschland offenbarten, daß das Gesamtergebnis der Wende nicht ausschließlich den ostdeutschen Bedingungen zugeschrieben werden kann. Von Anfang an war die DDR mit einer starken, rivalisierenden Bundesrepublik konfrontiert. Diente diese Koexistenz lange als eine treibende Kraft, um mit der Bundesrepublik ideologisch, ökonomisch und politisch zu konkurrieren und auf diese Weise eine eigene kollektive Identität zu stabilisieren, so entstand ein gegenteiliger Effekt, als offenkundig geworden war, daß das Land dem westlichen Nachbar nicht nur ökonomisch und politisch unterlegen war, sondern in einer tiefen Krise steckte. In schroffem Gegensatz zur DDR und deutlicher als je zuvor wurde nun die Bundesrepublik von vielen DDR-Bürgern als Erfolgsmodell angesehen.

Hinzu kam, daß während und nach der Wende die Regierung der Bundesrepublik nicht mit großzügigen Gesten geizte: Sie sorgte für die Bürger, welche die DDR verlassen hatten; sie offerierte eine generelle ökonomische und finanzielle Unterstützung für die DDR und zeigte sich beim Devisenumtausch nicht kleinlich; vor allem arbeitete sie auf eine schnelle Vereinigung hin. Während der vorbereitenden Phase und den konkreten Verhandlungen zur Vereinigung war die Bundesregierung clever genug, einerseits die Schwäche und Instabilität der DDR herauszustellen, andererseits das eigene Land als einen Hort der Wohlfahrt und des Fortschritts zu preisen. War nicht die Übersiedlerbewegung aus der DDR in das Nachbarland der schlagendste Beweis für dessen Attraktivität und Überlegenheit?

4. Den wahrscheinlich am unmittelbarsten wirkenden Faktor, der zur Vereinigung in Form des Beitritts der DDR führte, bildete der doppelte Druck, der von der Ausreisewelle in Verbindung mit der sich verschlechternden ökonomischen Lage ausging. Hierbei ist es wichtig zu sehen, daß die Bundesregierung nur bedingt an dieser Ausreisewelle Interesse haben konnte. Während die Regierung einerseits, und vor allem anfänglich, die Ausreisewelle als Zeichen der Überlegenheit des Westens begrüßte, hätten sich andererseits aus der Fortsetzung die-

ser Welle massive ökonomische und politische Probleme auch für die Bundesrepublik ergeben. Ihr wäre es schwerlich möglich gewesen, Millionen von Ostdeutschen mit Arbeit, Unterkunft, sozialen Hilfen und Infrastrukturleistungen zu versehen. Angesichts der täglichen Nachrichten über die Einreisewelle begannen viele Bundesdeutsche, gemischte Gefühle zu entwickeln. Obgleich sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl Verständnis für die Motive der Einreisenden aufbrachten, fürchteten sie zugleich eine Verschlechterung ihres eigenen Lebensstandards und eine verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Eine Regierung, die diese Einreisewelle nicht drastisch reduzieren wollte oder konnte, hätte längerfristig sicherlich an Unterstützung verloren. So betrachtet ist es nicht erstaunlich, daß neben der DDR-Regierung, die ihre eigenen Gründe hatte, die Ausreisewelle zu stoppen, auch die Bundesregierung in dieser Welle eine Bedrohung sah, obgleich es sicher nicht opportun war, diesen Sachverhalt offen auszusprechen oder ihm mit restriktiven Maßnahmen zu begegnen. Unter diesen Umständen ging es *beiden* Regierungen darum, die ökonomische und politische Lage in der DDR zu stabilisieren und damit auch die Zahl der Ausreisenden zu reduzieren. Die rasche Vereinigung qua Übernahme des westdeutschen Modells durch die Deutsche Demokratische Republik erschien hierfür als Königsweg.

Weil der Beitritt sich gleichsam als »natürliche« Lösung einer extrem drängenden Problemfülle anbot, hatten die Bürgerbewegungen erhebliche Schwierigkeiten zu begründen, warum die Vereinigung, falls sie denn nicht zu verhindern war, weitaus langsamer, unter anderen Bedingungen und mit anderem Ausgang vonstatten gehen sollte. Zudem waren namentlich die Bürgerbewegungen, die ja die Souveränität des Volkes und damit das Prinzip demokratischer Wahlen besonders hervorgehoben hatten, ideologisch daran gehindert, gegen das anzugehen, was die Mehrheit der Bevölkerung in freien Wahlen zum Ausdruck gebracht hatte – zumal da es sich um Wahlen handelte, bei denen sich auch die Bürgerbewegungen mit ihren politischen Alternativen angeboten hatten.

Am Ende akzeptierten große Teile der Bürgerbewegungen, was offenkundig nicht zu verhindern war. Allerdings suchten sie das erwartbare Ergebnis möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Von einem geschlossenen Vorgehen konnte jedoch keine Rede sein. Spätestens ab Frühjahr 1990 trennten sich ganz generell die Wege der Bürgerbewegten (Findeis/Pollak/Schilling 1994). Manche engagierten sich fortan direkt in der politischen Verwaltung, indem sie Ämter und Funktionen übernahmen; andere schlossen sich den etablierten Parteien, einer Bewegungspartei oder einem regulären Interessenverband an; wiederum andere blieben weiterhin in den Bürgergruppen aktiv; der Rest zog sich desillusioniert vom politischen Engagement zurück. Nicht wenige der (früheren)

Exponenten der Bürgerbewegungen äußerten sich enttäuscht und verbittert über den späteren Verlauf und die Konsequenzen der Wende, beklagten die verpaßte Chance einer radikalen Demokratisierung. Daneben zeigten sich auch nostalgische Gefühle in Rückschau auf den unwiderbringlichen revolutionären Augenblick.

5. Wie schon aus bisherigen Andeutungen erkennbar werden konnte, repräsentierten die Bürgerbewegungen ein sehr spezielles Segment der ostdeutschen Bevölkerung. Abgesehen von der kurzen Phase der revolutionären Ereignisse entsprachen die Bürgerbewegungen kaum den Gefühlen und Erwartungen der breiten Bevölkerung. Sowohl das Konzept der Basisdemokratie, das eine auf Dauer gestellte politische Aktivierung verlangt hätte, als auch die Geringschätzung der »Konsumorientierung«, die viele ihrer Landsleute an den Tag legten, unterschied die Bürgerbewegungen von der breiten Bevölkerung. Manche Bürgergruppen versuchten, diese Kluft zu ignorieren oder herunterzuspielen; manche sahen sich als eine Avantgarde, die eine erzieherische Funktion ausüben sollte; manche beklagten sich über die Unwilligkeit oder Unfähigkeit der Mehrheit, die ihren »objektiven« Interessen entsprechende Wahl zu treffen; manche reagierten verständnislos auf die tatsächliche oder vermeintliche Gleichgültigkeit ihrer Landsleute. Wahrscheinlich trug jede dieser Umgangsweisen dazu bei, die bestehende Kluft zwischen Bürgergruppen und der breiten Masse der Bevölkerung zu vertiefen. Den Gruppen fehlte somit die »kulturelle Resonanz« (William Gamson), die unter anderem nötig gewesen wäre, um den eigenen politischen Zielsetzungen näher zu kommen. Während große Teile der Bürgergruppen diesen Sachverhalt verkannten, hatten andere, die sich darüber eher im Klaren waren, keine angemessene Vorstellung darüber, welcher Anstrengungen und Zeitspannen es bedürfte, um tief verankerte kulturelle Muster zu verändern.

Fazit: Von der Opposition in die Opposition

1. Als das kommunistische Regime der DDR plötzlich zusammenbrach, schien alle Macht dem Volk in den Straßen zu gehören. In dieser kurzen Zeitspanne eines institutionellen Machtvakuumms sollte ein Traum Wirklichkeit werden: der Traum von Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen, eine »Zivilgesellschaft« zu schaffen – eine wahrhaft demokratische, partizipatorische und in ihrem Umgang mit den Schwachen und Deprivilegierten solidarische Gesellschaft. In dem Maße, wie die Bollwerke einer deprimierenden und repressiven Vergan-

genheit geschleift wurden, breiteten sich ein Gefühl der Erleichterung und das Bewußtsein der eigenen Stärke aus. In diesem »moment of madness« (Aristide Zolberg) schien die Zukunft nur vom Willen der Bevölkerung abzuhängen. Und was »das Volk« wollte, schien vor allem durch seine authentischste Stimme artikuliert zu werden, nämlich die Stimme jener Gruppen und Bewegungen, welche der Wende den Boden bereitet und diese ausgelöst hatten und, was den Sturz des Regimes und die Erlangung staatsbürgerlicher Rechte angeht, tatsächlich erfolgreich waren.

2. Allerdings verlagerte sich die Macht binnen weniger Wochen weg von der Straße. Zunächst, für eine kurze Übergangszeit, bildete sich eine duale Machtstruktur heraus: einerseits die verbliebenen alten Institutionen, namentlich die Volkskammer und die erneuerte, aber noch immer kommunistisch dominierte Regierung, andererseits die Bürgerkomitees und Runden Tische. Den neuen Kräften gelang es, die noch bestehende Macht der alten Kräfte einzuhegen und zu kontrollieren. Aber sie scheiterten im Hinblick auf ihre weiterreichenden Ziele.

Als die möglichst baldige deutsche Vereinigung zum überragenden Anliegen der Bevölkerungsmehrheit avancierte und nationale demokratische Wahlen als der Schlüssel aller künftigen politischen Entscheidungen angesehen wurden, entwickelten sich die erneuerten bzw. neu geschaffenen politischen Parteien zu den Hauptakteuren der politischen Arena. Der zentrale Runde Tisch wurde aufgelöst (Thaysen 1990). Die Bürgerbewegungen verloren ihre strategischen Ansatzpunkte und ihre Massenunterstützung. Obgleich sie weiterhin ein Symbol der friedlichen Revolution blieben und als eine Art moralische Instanz Anerkennung fanden, spielten sie zumindest auf nationaler Ebene nur noch eine marginale politische Rolle. Ironischerweise wurden die Kräfte, die entscheidend zur Möglichkeit der deutschen Vereinigung beigetragen hatten, indem sie den Sturz des kommunistischen Regimes mit ausgelöst hatten, von anderen, in dieser Hinsicht weniger verdienstvollen politischen Kräften und Strömungen überrollt und schließlich an den Rand der politischen Bühne verwiesen.

Somit fanden sich die Bürgergruppen erneut in der Position, aus der sie im Herbst 1989 gestartet waren: als marginalisierte politische Opposition. Ihr ursprüngliches Konzept einer Basisdemokratie innerhalb einer fundamental reformierten, aber von der Bundesrepublik unabhängigen DDR, welche sie der repräsentativen Demokratie und kapitalistischen Ökonomie nach bundesrepublikanischem Muster eindeutig vorzogen hätten, war schon früh an der Realität zerschellt. Auf die Bedingungen der Vereinigung hatten die Bürgerbewegungen keinen Einfluß.

3. Stellt man die angeführten bewegungsinternen und bewegungsexternen Faktoren in Rechnung, so war das Scheitern der Bürgerbewegungen überdeterminiert. Zweifellos verkannten die Bewegungen in mancher Hinsicht die tatsächliche Lage; zweifellos begingen sie taktische Fehler. Zum Beispiel scheuten sie davor zurück, die Modrow-Regierung zu schwächen; ebenso hatten sie völlig unrealistische Vorstellungen, indem etwa Teile der Bürgerbewegungen im Frühjahr 1990 die Möglichkeit eines Generalstreiks erwogen; schließlich erwiesen sich die Bewegungen aufgrund ihrer fundamentalistischen Orientierungen und ihres aufkommenden Organisationspatriotismus als unfähig, sich dem Wähler als eine geschlossene Allianz zu präsentieren. In dieser Hinsicht verpaßten die Bürgerbewegungen die Chance, eine stärkere Position im Machtgefüge nach der Wende zu erlangen und demzufolge auch größeren Einfluß auf die Bedingungen der deutschen Vereinigung auszuüben.

Vergegenwärtigt man sich jedoch die Gesamtkonstellation, die weitgehend außerhalb der Einflußmöglichkeiten der Bürgerbewegungen lag, so haben diese wohl kaum die Chance verpaßt, eine Basisdemokratie zu etablieren. Obgleich ich meine, daß zumindest die Gelegenheit bestand, einige Schritte in diese Richtung zu tun, hätte dies einer gemeinsamen Anstrengung bedurft, bei der nicht nur alle Bürgerbewegungen in der DDR, sondern auch manch andere Kräfte gefordert gewesen wären. Stattdessen haben sich die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik weitgehend auf bloße Lippenbekenntnisse zur Unterstützung der Bürgerbewegungen beschränkt. Auch haben die Sozialdemokraten in West und Ost vorgezogen, sich überwiegend in der Wahlpolitik zu engagieren, ohne entschieden die Bürgerbewegungen zu stärken und nachhaltiger auf eine Verfassungsreform zu drängen. Gewollt oder ungewollt haben potentielle Bündnispartner die Stellung der Bürgerbewegungen geschwächt und damit entscheidend zu einem institutionellen Ergebnis beigetragen, das – zu wessen Lasten und Gunsten auch immer – für einige Zeit Bestand haben wird.

Literatur

- Blattert, Barbara, Rink, Dieter, Rucht, Dieter (1995), Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland? In: Politische Vierteljahresschrift 1995: 397-422.
- Feige, Andreas (1990), Gesellschaftliche Reflexivitätsprozesse und Massenkommunikation am Beispiel der DDR. In: Publizistik 1991: 387-397.
- Findeis, Hagen, Pollak, Detlef, Schilling, Manfred (1994), Die Entzauberung des Politi-

schen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Leipzig und Berlin.

Korte, Karl-Rudolf (1994), *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands*. Frankfurt a. M.

Kriesi, Hanspeter (1991), *The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on Their Mobilization*. Discussion Paper FS III 91-103. Wissenschaftszentrum Berlin.

Meuschel, Sigrid (1992), *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*. Frankfurt a. M.

Rucht, Dieter (1994), *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a. M.

Tarrow, Sidney (1983), *Struggling to Reform: Social Movement and Policy Change during Cycles of Protest*. Western Societies Program. Occasional Paper No. 15. Cornell University.

Thaysen, Uwe (1990), *Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Opladen*.

Zwahr, Hartmut (1993), *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*. Göttingen.